



## Bundesregierung: Zahlen zu den Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Hausärzte.

Die Bundesregierung hat in einer parlamentarischen Stellungnahme umfassend zu den Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Hausärzte Stellung genommen (BT-Drucksache 16/8366).

Die Bundesregierung hat in ihrer Bestandsaufnahme zur Situation der Hausärzte folgende frohe Botschaft vermittelt: „Die gesetzlichen Vorgaben zur Vergütungsreform sind insgesamt so ausgestaltet, dass die Chancen auf mehr Honorar für die Vertragsärzte ab dem Jahr 2009 so gut sind, wie seit vielen Jahren nicht mehr.“

Im Hinblick auf die Chancen aller Vertragsärzte auf zusätzliches Honorar sieht die Bundesregierung derzeit keinen weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Die Bundesregierung bezieht sich auf Daten, die vom Bewertungsausschuss für die ärztlichen Leistungen erhoben worden sind. Bemerkenswert sind auf jeden Fall starke regionale Unterschiede, und zwar sowohl bei dem Überschuss je Hausarzt als auch bei der Leistungsmenge in EBM-Punkten je Hausarzt (Tabellen 1 und 2). Die Einnahmen aus der privatärztlichen Tätigkeit bleiben bei diesen Daten unberücksichtigt.

Die statistischen Auswertungen zeigen, dass es deutliche strukturelle Unterschiede bei der Vergütung der ärztlichen Leistungen in Deutschland gibt. Hier wirken sich die Unterschiede in den Versorgungsstrukturen ebenso aus wie die Regelungen zur Mengensteuerung in den Honorarverteilungsverträgen.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion ist bemerkenswert, dass der Praxisertrag der Hausärzte in Bayern im Schnitt über 10 % höher ist als das wirtschaftliche Ergebnis bei den Hausärzten im Schnitt der alten Bundesländer und zwar bei einer leicht unterdurchschnittlichen Leistungsmenge.

Der Ertrag eines Hausarztes in Bayern liegt um rund 30.000 Euro höher als bei seinem Kollegen in Berlin. Bei den Hausärzten in den Stadtstaaten dürfte die hohe Arztdichte die Entwicklung der Leistungsmenge (u.a. die Zahl der Behandlungsfälle) bremsen.

Grundsätzlich sind Durchschnittswerte auf Bundes- oder Landesebene mit Vorsicht zu genießen. Der Praxisertrag des Hausarztes ist von zahlreichen Faktoren abhängig, nicht zuletzt aus den Privateinnahmen (Privatpatienten und individuelle Gesundheitsleistungen).

Nach den Auswertungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) ist davon auszugehen, dass der Ertrag bei mehr als der Hälfte der Hausärzte unter dem Durchschnittswert ihrer Fachgruppe liegt.

Zum Vergleich zwischen den Hausärzten und den Fachärzten: Nach den Zahlen des Bewertungsausschusses haben die Hausärzte im bundesweiten Vergleich ähnlich hohe GKV-Überschüsse erzielt wie die Chirurgen, Psychiater und Hautärzte. Deutlich höhere GKV-Überschüsse erzielten die fachärztlich tätigen Internisten, Augenärzte und Radiologen.

Bei den Ärzten wurde die Bestandsaufnahme der Bundesregierung mit wenig Begeisterung aufgenommen. Die Zahlen aus dem Bewertungsausschuss beruhten auf Daten, die sehr zweifelhaft seien, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Hausärzterverbandes, Ulrich Weigeldt.

Eine Berechnung der KBV für das Jahr 2004 habe ergeben, dass das letztlich verfügbare Einkommen über alle Arztgruppen bei etwa 28.000 Euro im Jahr gelegen habe. In manchen Gebieten sei die Honorarsituation für Hausärzte unerträglich.

Der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, bezeichnete die finanzielle Situation der niedergelassenen Ärzte als unbefriedigend: „Wir brauchen die Honorarreform ab 2009 und eine leistungsgemessene Vergütung in Euro und Cent“.

### Überschuss je Hausarzt bzw. Kinderarzt 2006

Kassenärztliche Vereinigung	Überschuss je Hausarzt in Euro 2006	Überschuss je Kinderarzt in Euro 2006
Bayern	93 752	95 980
Nord-Württemberg	91 218	95 028
Saarland	88 527	89 898
Niedersachsen	87 137	91 518
Mecklenburg-Vorpommern	86 974	75 129
Hessen	85 976	94 782
Süd-Württemberg	85 911	90 593
<b>Alte Länder</b>	<b>83 486</b>	<b>89 924</b>
Rheinland-Pfalz	83 044	89 093
<b>Bund</b>	<b>83 015</b>	<b>87 000</b>
Brandenburg	81 817	70 022
Südbaden	81 582	88 221
Sachsen	81 163	77 719
Nordbaden	80 399	80 594

Sachsen-Anhalt	79 696	70 895
<b>Neue Länder</b>	<b>80 494</b>	<b>74 190</b>
Westfalen-Lippe	80 118	92 125
Schleswig-Holstein	80 009	81 916
<b>Nordrhein</b>	<b>76 968</b>	<b>90 762</b>
Thüringen	74 029	73 124
Bremen	74 505	81 116
Hamburg	64 107	88 298
Berlin	63 426	74 942

*Quelle: BT-Drucksache 16/8366 – Bundesregierung – Bericht des Bewertungsausschusses*